

# Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

## BESCHLUSSPROTOKOLL

der 15. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in  
der X. Wahlzeit am Mittwoch, den 04.12.2013, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.  
Sitzungsdauer 18:03 Uhr bis 19:30 Uhr

### **A. Anwesend**

#### Vorsitzende

Kerstin Giger

#### CDU

Dr. Dagmar Charrier  
Gerd Krämer  
Günter Krause  
Irina Sperling  
Matthias Wenzel

#### SPD

Gabriele Klempert  
Thomas Papadopoulos  
Astrid Schatta

#### GRÜNE

Jutta Bruns ab TOP 4  
Norman Dießner  
Christina Herr bis TOP 3  
Lars Keitel  
Käthe Springer

#### FDP

Jochen Kilp

#### FWG

Dr. Christoph Müllerleile

#### DIE LINKE.

Bernd Vorlaeufer-Germer

#### REP

Kim-Philipp Nowak

**PIRATEN**

Michael Geurts

**Kreisausschuss**

Ulrich Krebs  
Uwe Kraft  
Andrea Conrad  
Hadmut Lindenblatt  
Hermann Maier  
Dr. Regina Sell  
Bert Worbs

**Schriftführerin**

Annette Goy

**Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen**

Carsten Filges

**Verwaltung**

Bärbel Beinze  
Jutta Birkenfeld  
Hans Breunig  
Monika Degen  
Thomas Feisel  
Uwe Fink  
Michael Frauenstein  
Kersten Gühne  
Nina Haibach  
Dr. Silke Heil  
Felix Heuser  
Rainer Keller  
Andreas Knoche  
Ludwig Maiworm  
Andreas Moskwa  
Andrea Nagell  
Bettina Neubauer  
Dr. Roland Pauly  
Peter Rinker  
Monika Schmidt  
Anne Schupp  
Dr. Arnulf Simon  
Maike Stein

## B. Eröffnung

Die Vorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	<b>Mitteilungen</b>  ./.	
2.	<b>Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Kindertagespflege Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE</b>	<b>2013/0682/KT/1</b>
	<b>Änderungsantrag der CDU/SPD Kreistagsfraktionen</b>	<b>2013/0682/KT/2</b>
3.	<b>Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE Strukturelle Förderung der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis</b>	<b>2013/0688/KT</b>

Herr Krämer verweist eingangs auf die ausführliche Diskussion, die im Kreistag zu diesem Tagesordnungspunkt geführt wurde. Mit Blick auf die dahinter stehende Absicht des Gesetzgebers, zum einen die Förderung des Kindeswohls sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, unterstreicht er die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten, funktionierenden Tagespflege. Die unterschiedliche Zuständigkeit zum einen für die institutionelle Betreuung durch die Standortgemeinden und zum anderen für die Angebote der Tagespflege durch den Träger der Jugendhilfe, also der Landkreise, erschwert die Abstimmung der Angebote. Er regt eine Intensivierung der Vernetzung der Standortgemeinden und dem Hochtaunuskreis diesbezüglich an.

Er begründet den Änderungsantrag 2013/0682/KT/2 der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Er bekräftigt hierbei den politischen Willen der Fraktionen, dass die vorzulegende Satzungsänderung rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft treten soll.

Frau Herr hebt für die Kreistagsfraktion GRÜNE und die FDP-Kreistagsfraktion hervor, dass zur Verbesserung der aktuellen Situation zum einen die finanzielle Ausstattung und zum anderen die Regelung zur Geschwisterermäßigung kurzfristig neu geregelt werden sollen.

Sie signalisiert die Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen und schlägt gleichzeitig folgende Ergänzung vor:

„Die Vorlage soll einen rückwirkenden Geltungszeitraum der Satzung ab 01.01.2014 vorsehen.“

Der Ergänzung des Änderungsantrages wird von Seiten der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen zugestimmt.

Zum Antrag 2013/0688/KT „Strukturelle Förderung der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis“ bittet sie um eine offene Diskussion mit den Vereinen und Vertretern von Tagesmüttern, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Herr Landrat Ulrich Krebs sagt die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft zu. Er verdeutlicht nochmals, dass die Zuständigkeit zur Änderung einer Satzung beim Kreistag liegt. Bis zum Beschluss einer Änderungssatzung wird nach der bisher gültigen Satzung gehandelt, so besteht jederzeit Rechtssicherheit für alle Beteiligte.

Herr Krämer bittet um Ergänzung des Antrages im ersten Satz:  
„...in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration ...“

Frau Herr übernimmt die von Herrn Krämer vorgetragene Ergänzung des Antrages 2013/0688/KT.

### **2013/0682/KT/2**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3), FDP (1), FWG (1)  
Nein: ./.  
Enthaltung: ./.

#### **gefasster Beschluss:**

„Zur nächsten Sitzungsrunde wird der Kreisausschuss gebeten, einen Vorschlag zur Überarbeitung der Satzung „Kindertagespflege“ vorzulegen.

Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen bzw. zu prüfen:

- Angemessenheit der Sach- und Förderleistungen
- Ausweitung der Geschwisterkindermäßigung auf die Betreuungszentren
- Höhe der Stundensätze für Tagespflegepersonen

Eventuelle Mehrausgaben sind über überplanmäßige Ausgaben im Haushalt 2014 darzustellen und 2015 ordnungsgemäß zu veranschlagen.

Die Vorlage soll einen rückwirkenden Geltungszeitraum der Satzung ab 01.01.2014 vorsehen.“

Durch diese Beschlussfassung hat sich der Änderungsantrag 2013/0682/KT/1 erledigt.

### **2013/0688/KT**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (6), GRÜNE (4), SPD (3), FDP (1), FWG (1)  
Nein: ./.  
Enthaltung: ./.

#### **gefasster Beschluss:**

„Der Kreisausschuss wird gebeten in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration, zur aktuellen Situation der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis einen schriftlichen Bericht im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration vorzulegen.

Dazu sind Vertreterinnen aus der Tagespflege einzuladen und anzuhören.

Dieser Bericht soll konstruktive Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden strukturellen Probleme im Tagespflegebereich aufzeigen.

Es soll u.a. dargestellt werden,

- wie sich die mit hohem bürokratischem Aufwand für Tagespflegepersonen und Kreis verbundene stundenweise Abrechnungspraxis vereinfachen lässt.
- wie die bisherigen Modelle zu Vertretungsregelung verbessert werden können, so sie denn praktiziert werden
- wie die Planungssicherheit für Tagesmütter verbessert werden kann, u.a. unter Berücksichtigung einer sog. „Freihaltepauschale“.
- wie geeignete Modelle inklusiver Betreuung durch Tagespflegepersonen gestaltet werden könnten.
- welche Fördermodelle seitens des Hochtaunuskreises möglich wären, die die Preisunterschiede zwischen den Betreuungsarten zumindest teilweise kompensieren könnten.“

**4. Bericht Sozialpsychiatrischer Dienst für die Jahre 2011/2012 2013/0650/KA**

Frau Springer hinterfragt die Personalkapazitäten, die Zunahme an psychischen Erkrankungen aufgrund von existenziellen Notlagen sowie die zunehmende Komplexität der Aufgaben.

Weiter spricht Sie den im Bericht zitierten Hilfsfond „Hilfe in Not“ an und begründet den folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE zum Haushalt, der im Haupt- und Finanzausschuss beraten und beschlossen werden soll.

**2013/0726/KT/3**

**Hilfe in Not – Fond, Produkt 010119**

„Für den Fond „Hilfe in Not“ werden zusätzlich 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.“

Hierzu erläutert Herr Landrat Ulrich Krebs die kurzfristige unbürokratische Verfügbarkeit der Mittel aus den Hilfsfonds, die durch das Amtsgericht Bad Homburg generiert werden. Im Jahr 2013 wurden bisher 511,53 € ausgezahlt. Weiterhin stehen zur schnellen Hilfe Mittel aus der Paul-Kurz-Altenstiftung bereit. Hieraus wurden im Jahr 2013 bisher ca. 4500,00 € geleistet. Die Gelder aus der Stiftung werden auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Pauly, Fachbereich Gesundheitsdienste, Veterinärwesen und Verbraucherschutz beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, stellt die Vorsitzende fest, dass der Jahresbericht des Sozialpsychiatrischen Dienstes für die Jahre 2011/2012 zur Kenntnis genommen wird.

**5. Antrag der CDU/SPD Kreistagsfraktionen  
Frühe Hilfe im Hochtaunuskreis**

**2013/0638/KT/1**

Herr Rahn, Fachbereichsleiter Soziale Dienste, erläutert auf Nachfrage von Frau Springer die Vorgehensweise bei der neu eingeführten Elternbegrüßung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, stellt die Vorsitzende fest, dass der Bericht in Erledigung des Kreistagsbeschlusses zur Kenntnis genommen wird.

**6. Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014, Entwurf des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2014**

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft gibt einleitend einen ausführlichen Bericht, indem er vor allem auf die steigenden Sozialhilfeleistungen eingeht. Im Bereich des SGB XII führen die kontinuierlich anwachsenden Fallzahlen sowie die Erhöhung der Regelsätze zu Mehrausgaben. Im Bereich der Altenhilfe ist eine Erhöhung des Mittelansatzes auch der demographischen Entwicklung im Hochtaunuskreis geschuldet. Gerade im Bereich Asyl ist aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen und der hiermit verbundenen Mietkosten für die Unterbringung mit erheblichen Steigerungen zu rechnen. Auch die höhere Landeserstattung refinanziert diese Kosten nur teilweise. Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des SGB II werden die Ausgaben zum großen Teil vom Bund erstattet. Allerdings wird auch hier die prozentuale Beteiligung des Bundes im Bereich der Kosten der Unterkunft 2014 gekürzt, was zu einem höheren Eigenanteil für den Hochtaunuskreis führt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Giger eröffnet die Haushaltsberatungen und unterrichtet die Mitglieder darüber, dass der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration nicht über Änderungsanträge zum Haushalt beschließen kann, sondern Änderungsanträge an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterleitet.

Sie schlägt vor, die Produktbereiche 05, 06 und 07 sowie den Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten zu beraten. Die Abgeordneten stimmen diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ beschlossen hat und dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration ebenfalls die Beschlussfassung empfiehlt.

Im Verlauf der Beratungen zum Haushalt beantworten Herr Landrat Ulrich Krebs, Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft sowie Frau Dr. Heil, Herr Rinker und Herr Gühne die Fragen der Abgeordneten.

**0501 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII**

**050105 Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen  
7230000 Sozialhilfeleistungen (SGB XII) a.E.**

Frau Springer bittet um eine Erläuterung der zusätzlich bereitgestellten Mittel. Frau Dr. Heil, Fachbereichsleiterin der Leitstelle Frauen, Senioren, Behinderte und Krankenhilfe, führt aus, dass mit einer zusätzlichen halben Stelle ein Projekt aus dem Altenhilfeplan verwirklicht wird. Angesiedelt ist diese halbe Stelle beim Mehrgenerationenhaus in Wehrheim. Nach der Einrichtung der Demenzberatungsstelle und dem Pflegestützpunkt, wird jetzt die dritte Säule für die Unterstützung von älteren Bürgern im Hochtaunuskreis verwirklicht. Der Altenhilfeplan hatte aufgezeigt,

dass ein großer Bedarf älterer Mitbürger, die noch nicht pflegebedürftig sind, bei der Suche und der Vorhaltung von vorpflegerischen Hilfen und der Inanspruchnahme altersgerechter Hilfen sowie an einem umfassenden Informationsangebot besteht. Hier soll jetzt ein ortsnahes Beratungs- und Unterstützungsnetz als Mix aus ehrenamtlicher und institutioneller Hilfe aufgebaut und unterhalten werden, um den älteren Mitbürgern ein Leben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich zu ermöglichen. Hierfür ist diese Beratungsstelle gedacht, die den Namen „NoVAS mobil“ (**N**etzwerker, **O**ffenes Ohr, **V**ermittler, **A**nsprechpartner für **S**eniorenbelange) erhalten hat. Hier soll neben der Einrichtung eines kreisweiten Hilfetelefon die notwendige Beratung und Unterstützung Bedürftiger bei Alltagsverrichtungen durch den gezielten Aufbau ehrenamtlicher Bürgerschaftshilfen in den Kommunen –bevorzugt- im Usinger Land erfolgen. Weiterhin sollen zu einem späteren Zeitpunkt auch Informationsveranstaltungen zu altersbezogenen Themen durchgeführt werden. Die enge Abstimmung mit der Altenhilfeplanung der Leitstelle Frauen, Senioren, Behinderte und Krankenhilfe ist selbstverständlicher Bestandteil der Aufgabe.

## **0502 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II**

### **050203 Kommunales Jobcenter Hochtaunus**

#### **7127020 Weitere Zuschüsse an Maßnahmenträger (Arbeitsmarkt)**

#### **7127030 Weitere Zuschüsse an Maßnahmenträger (Ausbildung)**

Auf Nachfrage von Frau Springer werden die Kostenstellen mit dem Protokoll wie folgt aufgesplittet:

Konto 7127020-Landesprogramm „Arbeitsmarktbudget“ – Haushaltsansatz 100.000,00 €.

1. Finanzierung einer Stelle: „Koordinierungsstelle-Mit Kind in Arbeit“ , Netzwerkarbeit für Unterstützungsangebote im HTK für Alleinerziehende Frauen und Einzelberatungen von SGB II-Leistungsbezieherinnen. Die Taunusdienste gGmbH ist mit der Durchführung beauftragt.
2. Durchführung von Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter des Job-Centers. Zwei verschiedene Träger sind mit der Durchführung beauftragt worden.

Konto 7127030-Landesprogramm „Ausbildungsbudget“ – Haushaltsansatz 150.000,00 €.

1. Finanzierung der Maßnahme „Einzelcoaching“. Intensive Betreuung von 10 Jugendlichen aus den Rechtskreisen SGB VIII und SGB II, die größere Probleme haben ihren Weg in eine Berufsausbildung zu finden. Mit der Durchführung ist der Träger GSM beauftragt.
2. Finanzierung einer Stelle: „Ausbildungskoaching“, betreut 30 Auszubildende aus den Rechtskreisen SGB VIII und SGB II. Der Ausbildungscoach betreut die Auszubildenden und die Ausbildungsbetriebe vor Ort. Er bietet einzelfallbezogene Unterstützung an, damit eine erfolgreiche Ausbildung gewährleistet und ein Ausbildungsabbruch vermieden wird. Die Taunusdienste gGmbH ist mit der Durchführung beauftragt.
3. Finanzierung einer Stelle: „Koordinierungsstelle Übergangsmanagement“, Aufbau eines Netzwerkes und Zusammenstellung/Verknüpfung von Unterstützungsangeboten für Jugendliche, die bei der Betreuung/Unterstützung von dem Rechtskreis des SGB III, SGB VIII in den des SGB II und umgekehrt wechseln. Die Hilfsangebote sollen miteinander weiter vernetzt werden, Versorgungslücken sollen abgebaut werden. Die Taunusdienste gGmbH ist mit der Durchführung beauftragt.

Frau Springer spricht weiter die teilweise geringe Annahme des Bildungs- und Teilhabepaketes an. Herr Rinker, Fachbereichsleiter Hilfemanagement, zeigt anhand der ansteigenden Ausgaben positive Tendenzen auf und unterstreicht, dass auch in anderen Landkreisen das Förderprogramm nur langsam anläuft.

Auf Nachfrage von Frau Bruns nach den Auswirkungen der Zusammenlegung der Fachbereiche und der Gründung des Jobcenters, berichtet Herr Kraft über die erhofften Synergieeffekte für die Verwaltung, aber auch über die Vereinfachung der Verfahrensabläufe für die Betroffenen, zum Beispiel durch die Schaffung des neuen Eingangsbereiches mit der zentralen Erstberatungsstelle.

**0506 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**  
**050601 Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege**  
**7127000 Zuschuss lfd. Zwecke private Unternehmen**

Herr Kilp verweist auf die kommende Begründung zu diesem Änderungsantrag im Haupt- und Finanzausschuss, der Antrag soll dort beraten und beschlossen werden.

**2013/0726/KT/7**

**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**

„Im Produktbereich 05, Produktgruppe 0506, Produkt 050601, Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege, wird bei den Aufwendungen im Konto 7127000 der veranschlagte Ansatz für 2014 um 60.000 € (Zuschuss an freie Träger für Täterberatung) auf 760.000 € herab gesetzt.“

**0510 Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen**  
**051003 Schuldner- und Insolvenzberatung**  
**5482000 Erstattungen von Gemeinden**

Auf Nachfrage von Frau Springer wird die Einnahmeposition wie folgt erläutert:

Die jährliche Fallpauschale für in Anspruch genommene Beratungsleistungen von Leistungsempfängern SGB II wird jedes Jahr neu ermittelt. Grundlage sind die Kosten der Schuldnerberatungsstelle des Vorjahres, die im Rahmen des Arbeitsmarktbudgets mit dem Land Hessen abgerechnet werden konnten.

Für das Jahr 2013 beträgt die Fallpauschale je Beratungsfall 180,00 €. Diese Fallpauschale wurde auch als Kalkulation für das Jahr 2014 zugrunde gelegt.

**0601 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**  
**060101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**  
**5090000 Sonstige Umsatzerlöse**  
**7250005 Jugendhilfeleistungen a. E. (Tagespflegeprogramme)**

Herr Kilp verweist auf die kommende Begründung zu diesem Änderungsantrag im Haupt- und Finanzausschuss, der Antrag soll dort beraten und beschlossen werden.



**2013/0726/KT/6****Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**

„Im Produktbereich 06, Produktgruppe 0601, Produkt 060101, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege, sind bei den Aufwendungen im Konto 7250005 und bei den Einnahmen im Konto 5090000 die veranschlagten Ansätze für 2014 anzuheben.“

**0603 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe  
060301 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz  
7250000 Jugendhilfeleistung a. E.**

Herr Dießner begründet folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE, der im Haupt- und Finanzausschuss beraten und beschlossen werden soll: Er erinnert an den Kreistagsbeschluss zur Schulsozialarbeit aus dem Jahr 2008. Herr Kraft verweist auf die in den Haushalt eingestellten Mittel zur Schulsozialarbeit.

**2013/0726/KT/2****Allgemeine Schulverwaltung Schulsozialarbeit**

„Der Schulsozialarbeit kommt an den weiterführenden Schulen des Hochtaunuskreises eine immer bedeutendere Rolle zu und trägt wesentlich zu einer guten Qualität an den Schulen in Trägerschaft des Kreises bei.

Der Hochtaunuskreis unterstützt vor allem die Schulgemeinden, die bereits heute Schulsozialarbeit als Baustein ihres Angebots umsetzen.

Der Kreisausschuss wird gebeten, mit den Schulen, die ihnen zur Verfügung gestellte Mittel aus dem Landeshaushalt gezielt für Schulsozialarbeit verwenden, in den Dialog zu treten und diese zusätzlich mit Mitteln aus dem Kreishaushalt in ihren Bemühungen zu unterstützen.

In diesem Dialog ist anzustreben, dass die aktuell verwendeten Mittel aus Mitteln des Kreises verdoppelt werden.

Für den Haushalt 2014 sind hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 € vorzusehen.“

Zur Beratung des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten berichtet die Ausschussvorsitzende Frau Giger, dass die Betriebskommission der Oberurseler Werkstätten den Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten beraten und beschlossen hat.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Giger stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und schließt damit die Aussprache zum Tagesordnungspunkt.

7. **Verschiedenes**

./.

Frau Giger dankt allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration findet am 12.03.2014 statt.

Kerstin Giger  
Vorsitzende

Annette Goy  
Schriftführerin